



Peter Portmann

Kriens, 3. Sept. 2009

Herr Einwohnerratspräsident
Viktor Bienz
Postfach
6010 Kriens

Dringliche Interpellation

Abgewiesene Asylbewerber in der Gemeinde Kriens

Am 25. Juni 2009 hatte die Kantonspolizei Luzern den Auftrag, die Familie Arab nach Algerien auszuschaffen. Die Ausschaffung scheiterte jedoch wegen gesundheitlichen Problemen eines Familienmitgliedes. An der KiZ - (Kommission interkommunale Zusammenarbeit) Sitzung vom 25. Juni informierte die Gemeindepräsidentin die Anwesenden über diesen Vorfall. Am 25. Juli, einen Monat später, informierte die NLZ in einem Zeitungsartikel über die gescheiterte Ausschaffung der Familie Arab. Für die SVP stellen sich folgende Fragen:

1. Wurde der Gemeinderat über die Ausschaffung der Familie Arab von der Kantonspolizei des Kantons Luzern vorinformiert?
2. Welche Kenntnisse hatte der Gemeinderat in Bezug auf die Illegalität der Familie Arab?
3. Da ein Familienmitglied der Familie Arab am 25. Juni nicht reisefähig war konnte die Familie nicht ausgeschafft werden. Wurde in der Zwischenzeit eine neuerliche Ausschaffung der Familie versucht oder durchgesetzt? Falls Nein, warum nicht?
4. Wieweit ist der Gemeinderat in die Nichtausschaffung der Familie involviert?
5. Hat sich die Gemeindepräsidentin und Schulvorsteherin für die Nichtausschaffung eingesetzt?
6. Wird die Familie Arab von der Gemeinde finanziell unterstützt? Wenn Ja, in welchem Umfang?
7. Gemäss dem Zeitungsbericht der NLZ vom 25. Juli wurde der Asylantrag der Familie vom Bundesamt für Migration abgelehnt. Eine Rückkehr der Familie wurde als zumutbar beurteilt. Da stellt sich die Frage, ob die Krienser Gemeindebehörden eine Zusammenarbeit mit den Kantons- und Bundesbehörden verweigerten. Sollte dies Zutreffen, bitten wir um eine Stellungnahme.
8. Gibt es weitere Fälle von abgewiesenen Asylbewerbern in der Gemeinde Kriens? Wenn ja, um wieviele handelt es sich dabei und was gedenkt der Gemeinderat zu unternehmen?
9. Kirchen- und Lehrerorganisationen haben eine Petition eingereicht. Sind solche Unterschriftensammlungen legitim, wenn damit ein Beschluss der Migrationsbehörde zu umgehen versucht wird?



10. Müssen politische Unterschriftensammlungen welche von Lehrern initiiert werden und vermutlich den Schülern zur Unterschriftensammlung weitergegeben werden vom Rektorat bewilligt werden?
11. Zusätzlich zu Frage 10: wo beginnt und endet die politische Einmischung der Lehrerschaft in politischen Fragen? Wird die Lehrerschaft nicht angehalten sich politisch neutral zu verhalten?
12. Werden illegale Ausländer die sich in der Gemeinde Kriens aufhalten dem Migrationsamt gemeldet? Wenn Nein, warum nicht ?
13. Werden Kinder von Illegalen, welche Krienser Schulen besuchen, von der Schulbehörde dem Amt für Migration gemeldet? Wenn Nein, warum nicht ?

Wir danken dem Gemeinderat für die Beantwortung dieser Fragen.

Peter Portmann